

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 15

vom 19. April 2013
Redaktion: Katja Richardt

Gesundheit und Verbraucherschutz

Mehr Schutz vor psychischer Belastung bei der Arbeit	2
Pflege sichern und Ausbildungsplätze schaffen durch gerechtere Kostenverteilung	5

Schule, Jugend und Berufsbildung

Schulbauplanung Schule Rellinger Straße	7
„Jugend debattiert“-Landeswettbewerb: Starker Auftritt für junge Redner	8

Umwelt

Erfolgsgeschichte „Mein Baum - Meine Stadt“ wird gemeinsam mit Hamburger Unternehmen fortgeschrieben	11
---	----

Wirtschaft und Innovation

Innovationen made in Hamburg	13
------------------------------------	----

Kultur

Neue Publikation zu Hamburger Welterbe	14
--	----

Zur Information

Terminkalender	15
----------------------	----

16. April 2013/bgv16

Mehr Schutz vor psychischer Belastung bei der Arbeit

Hamburg bringt mit Brandenburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen bundesweite Verordnung zum Arbeitsschutzgesetz auf den Weg

Psychische Belastungen bei der Arbeit gehören inzwischen zu den wesentlichen Ursachen für Gesundheitsgefährdungen in der Arbeitswelt, für Fehlzeiten und Frühverrentungen. Auch jeder zweite Arbeitgeber hält arbeitsbedingten Stress für ein wichtiges Thema. Aber nur wenige Betriebe haben eine Strategie, um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Gefährdungen durch psychische Belastung zu schützen. Der Umgang mit arbeitsbedingter psychischer Belastung ist im Arbeitsschutz bislang unzureichend gesetzlich geregelt. Hamburg hat deshalb gemeinsam mit Brandenburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen den Entwurf einer bundesweiten Verordnung mit verbindlichen Anforderungen an Unternehmen erarbeitet. Das Arbeitsschutzgesetz soll zukünftig durch diese Verordnung konkretisiert werden. Einen entsprechenden Antrag bringen die Länder im Mai in den Bundesrat ein.

„Nach 16 Jahren Arbeitsschutzgesetz gibt es für viele Arbeitsbelastungen konkretisierende Rechtsverordnungen, wie beispielsweise zur Gestaltung von Computerarbeitsplätzen oder zum Schutz vor Lärm und Schadstoffen. Aber für den Umgang mit psychischer Belastung fehlen sie. Da wir den betrieblichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht mit den Arbeitsschutz-Instrumenten des 20. Jahrhunderts begegnen können, sind wir gemeinsam mit anderen Ländern mit einer Bundesratsinitiative aktiv geworden“, so **Cornelia Prüfer-Storcks, Hamburgs Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz**. „Unsere Verordnung soll das Arbeitsschutzgesetz konkretisieren und Leitlinien geben, wie Betriebe die arbeitsbedingte psychische Belastung ermitteln und welche Schutzmaßnahmen sie ergreifen können. Durch die Verordnung wollen wir ein konkretes und wirkungsvolles Instrument zur gesundheitlichen Prävention am Arbeitsplatz schaffen.“

Unternehmen sollen künftig verpflichtend ermitteln, ob und welche Gefährdungen am Arbeitsplatz auftreten, etwa durch die Arbeitsaufgabe, -mittel, -organisation oder durch soziale Bedingungen. Die Verordnung benennt Maßnahmen, die eine mögliche Gesundheitsgefährdung durch psychische Belastung verringern oder vermeiden. Ebenso werden Risikofaktoren und Gestaltungsgrundsätze benannt, die in Betrieben zu berücksichtigen sind. Zudem beschreibt die Verordnung die Anforderungen an Betriebe klar und verbindlich, so dass die Arbeitsschutzbehörden prüfen können, ob Unternehmen diese angemessen erfüllen. Dazu reicht die bislang von der Bundesregierung geplante Ergänzung des Arbeitsschutzgesetzes um den Begriff der psychischen Belastung aus Sicht der Länder allein nicht aus. 90 Prozent der Arbeitgeber geben zudem an, im Arbeitsschutz aufgrund konkreter gesetzlicher Vorgaben zu handeln.

„Die Beschäftigten sind die besten Experten in eigener Sache und wissen meist genau, was sie belastet und welche unnötigen Belastungen oft mit recht einfachen Mittel abzustellen sind. Befragungen zeigen uns: Spitzenreiter unter den betrieblichen Störfaktoren sind Vorgesetzte ohne Führungskompetenz. Mangelnde Organisation, negatives Vorgesetztenverhalten und geringe Wertschätzung belasten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich mehr als viel Arbeit.

Eingeschränkte Arbeitsfähigkeit, Fehltage und Frühverrentungen aufgrund psychischer Störungen bedeuten einen immensen Schaden für die Betroffenen, aber auch für die Wirtschaft und die Sozialversicherungen“, ergänzt **Senatorin Prüfer-Storcks**. „Es ist im Sinne der Betriebe, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass Gesundheitsgefährdungen möglichst erst gar nicht entstehen. So werden negative Auswirkungen auf die Gesundheit, die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vermieden oder zumindest begrenzt. Diese Auswirkungen würden letztendlich für jeden einzelnen Betrieb teuer werden.“ Auch sei es im Hinblick auf den drohenden Fachkräftemangel für Betriebe unumgänglich, schonend mit der Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umzugehen.

Der jüngst veröffentlichte Stressreport 2012 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin belegt das betriebliches Handlungs- und Umsetzungsdefizit: Zu den zentralen Belastungsfaktoren gehören mangelnde Führungskompetenz der Vorgesetzten, so genanntes Multitasking (die gleichzeitige Betreuung unterschiedlicher Aufgaben), starker Termin- und Leistungsdruck, Monotonie (sich ständig wiederholende Arbeitsvorgänge) sowie Störungen und Unterbrechungen bei der Arbeit.

Wie die DAK in ihrem Gesundheitsreport 2013 für Hamburg veröffentlicht hat, waren psychische Krankheiten im vergangenen Jahr in Hamburg erstmals die Hauptursache für Fehltage im Job. Laut des Reports lagen seelische Erkrankungen mit einem Anteil von 20,4 Prozent an allen Ausfalltagen vor Muskel-Skelett-Erkrankungen (19,7 Prozent) und Atemwegsinfekten (15,5 Prozent). Bundesweit liegen die psychischen Erkrankungen bei den Fehltagen noch auf Platz 2.

Von 1997 bis 2012 haben die Fehltage durch psychische Erkrankungen außerdem um 165 Prozent zugenommen. Insgesamt haben 2011 psychische Erkrankungen 53 Millionen Fehltage verursacht. 44 Prozent der Frühverrentungen erfolgten wegen psychischer Erkrankungen. Diese Frührentnerinnen und -rentner waren zu diesem Zeitpunkt mit durchschnittlich 48 Jahren besonders jung.

Das Ziel der Verordnung ist es, dass Betriebe ihre Arbeitsbedingungen systematisch prüfen und so gestalten, dass Gefährdungen durch psychische Belastung vermieden werden. Die Verordnung beschreibt dafür prinzipielle Gestaltungsmaßnahmen, die sich nicht nur auf den Abbau von Belastungen konzentrieren sondern sich auch auf die Erweiterung arbeitsplatzbezogener Ressourcen richten wie beispielsweise ein angemessener Handlungs- und Entscheidungsspielraum zur Erfüllung der jeweiligen Arbeitsaufgabe.

Senatorin Prüfer-Storcks: „Letztlich geht es bei der Arbeitsgestaltung immer wieder um eine ausgewogene Balance zwischen den betrieblich gestellten Anforderungen und den personellen und sachlichen Ressourcen, die den Beschäftigten zur Verfügung stehen. Betriebe sollten gemeinsam mit

ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den großen Gestaltungsspielraum nutzen, damit die betrieblichen Anforderungen gesundheitsgerecht erfüllt werden können.“ Ob die Gestaltung von Rufbereitschaft, störungsfreie Arbeitszeiten, die Erreichbarkeit via Handy oder die Arbeit in Großraumbüros – Unternehmen haben im Austausch mit ihren Beschäftigten viele Möglichkeiten Arbeit gesund zu gestalten.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

17. April 2013/bgv17

Pflege sichern und Ausbildungsplätze schaffen durch gerechtere Kostenverteilung

Hamburgische Altenpflegeumlageverordnung zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung beschlossen

Der Senat hat ein wichtiges Instrument zur Gewinnung neuer Ausbildungsplätze im Gesundheits- und Pflegebereich verabschiedet: die Altenpflegeumlage. Ziel der Umlage ist es, einem drohenden Mangel an Altenpflegekräften in Hamburg vorzubeugen und vielen Interessenten eine Ausbildung zu ermöglichen. Pflegeeinrichtungen, die keine Ausbildungsplätze anbieten, sollen auf diese Art an den Mehrkosten der Ausbildungsbetriebe beteiligt und so Wettbewerbsnachteile vermieden werden.

„Mit der neuen Umlagefinanzierung wollen wir die Kosten der Ausbildung gerechter auf alle Einrichtungen der Altenpflege verteilen und damit einen Anreiz geben, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Das neue Hamburger Finanzierungsverfahren in der Altenpflegeausbildung und der Ausbildung zur Gesundheits- und Pflegeassistenz bietet die große Chance für deutlich mehr Ausbildungsplätze sowohl in der dreijährigen Altenpflegeausbildung als auch in der zweijährigen Ausbildung zur Gesundheits- und Pflegeassistenz.“ Mit der Altenpflegeumlage wird es in allen teil- und vollstationären Pflegesätzen sowie ambulanten Vergütungen einen einrichtungsspezifischen Umlagebetrag zur Deckung der hamburgweit erforderlichen Ausbildungsvergütungen geben. Diese Beiträge kommen den Pflegeeinrichtungen zugute, die Pflegekräfte ausbilden.

Auch die in der Hamburgischen Pflegegesellschaft e.V. (HPG) zusammengeschlossenen Trägerverbände der hamburgischen Pflegebetriebe haben sich für die Einführung einer Altenpflegeumlage ausgesprochen. **Martin Sielaff, Geschäftsführer der Hamburgischen Pflegegesellschaft**: „Die Hamburgische Pflegegesellschaft hat die Einführung eines Umlageverfahrens gefordert als einen wichtigen Baustein, um die Ausbildung von Altenpflegefachkräften - angesichts des Fachkräftemangels - zu fördern, zumal die Anzahl der dringend benötigten Auszubildenden in den nächsten Jahren steigen wird. Die HPG begrüßt die Einführung der Umlage mit einer entsprechenden Refinanzierung der Kosten der Ausbildung zu Altenpflegefachkräften und geht in die Verantwortung, diese Verordnung mit der Stadt umzusetzen. Alle Beteiligten müssen weitere Anstrengungen unternehmen, die Rahmenbedingungen und das Image der Pflegeberufe zu verbessern, um der Hamburger Bevölkerung weiterhin qualitativ hochwertige Pflegeleistungen anbieten zu können. Dazu gehört, dass alle Kostenträger wie vereinbart zur Refinanzierung der Umlagekosten beitragen.“

Bundesweit sowie auch in Hamburg gibt es in der Altenpflege eine hohe Nachfrage nach Pflegefachkräften und eine große Zahl unbesetzter Stellen. Befragungen aus 2012 zufolge werden in Hamburg fast 600 Altenpflegerinnen und Altenpfleger, 300 Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger sowie ca. 600 Assistenzkräfte in der Pflege gesucht.

Das Angebot an Ausbildungsplätzen lag 2012 in der Hansestadt hingegen lediglich bei 430 in der Altenpflege und 170 in der Gesundheits- und Pflegeassistenz. Durch die Altenpflegeumlage sollen diese Plätze gesteigert und die Lücke zwischen Bedarf und Angebot deutlich verkleinert werden.

Derzeit werden in der stationären Pflege die Aufwendungen für Ausbildungsvergütungen vollständig in den Pflegesätzen berücksichtigt. Damit erhalten ausbildende Pflegeheime zwar eine Refinanzierung ihrer Aufwendungen, aber die höheren Preise stellen einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Pflegeheimen dar, die nicht ausbilden. Diese können ihre Leistungen preisgünstiger anbieten und von der Ausbildungsleistung der anderen Einrichtungen profitieren. Auch ambulante Pflegedienste bilden bisher relativ wenige Interessenten aus, stellen aber von anderen ausgebildete Pflegekräfte ein. Die Umlagefinanzierung hebt diese Wettbewerbsnachteile auf. Alle Pflegeeinrichtungen zahlen ab 2014 in einen Ausgleichsfonds ein, der von der Hamburgischen Pflegegesellschaft e.V. verwaltet wird. Ausbildende Einrichtungen erhalten aus diesem Fonds ihre Aufwendungen für Ausbildungsvergütungen erstattet.

Die Umlage wurde durch die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz auf ihre Eignung und Rechtmäßigkeit geprüft und für zulässig befunden. Hamburg folgt damit Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, in denen eine Altenpflegeumlage bereits in Kraft ist.

Der Senat hat zudem bereits mit verschiedenen anderen Maßnahmen auf den erwarteten Fachkräftebedarf in der Pflege reagiert. Dazu gehören u.a. eine Imagekampagne über den Beruf, die Zusage von Berufsschulplätzen für alle, die einen Ausbildungsplatz haben sowie die Übernahme der Ausbildungskosten für das dritte Jahr bei Umschulungen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

15. April 2013/bsb15

Schulbauplanung Schule Rellinger Straße

Chancen für Schule und Kita stehen im Vordergrund

Zur aktuellen Diskussion um möglichen Wohnungsbau im Bereich der Schule Rellinger Straße (Eimsbüttel) erklärte die Behörde für Schule und Berufsbildung heute, dass nach derzeitigem Planungsstand an der Schule lediglich die baufällige Schulsporthalle abgerissen und neu gebaut werden muss. Planungsalternativen, von der sowohl die Schule wie auch die Kita profitieren würden, beinhalten einen großen Schulhof und sollen noch vor den Sommerferien vorgestellt und mit den Betroffenen besprochen werden.

„Da die Schulsporthalle auf jeden Fall abgerissen und neu gebaut werden muss, wird zusätzlich eine alternative Planung geprüft, die vorsieht, das sehr große Schulgelände neu aufzuteilen und eine Teilfläche am Rand zu einer Hauptverkehrsstraße hin für Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen“, erklärte Schulbehördensprecher Peter Albrecht. „Mit den dadurch zu erzielenden Einnahmen könnte dann die beeinträchtigte Bausituation der Schule mit ihrer unübersichtlichen Gebäudestruktur und den Schulhofflächen erheblich verbessert werden, so dass eine schöne Schule mit einer großzügigen, zusammenhängenden Schulhoffläche möglich wäre. Zudem könnte auch für die Kita auf dem Gelände eine deutlich verbesserte Situation hergestellt werden, ganz im Sinne der betroffenen Kinder und Eltern. Ein großer Schulhof mit über 2.500 Quadratmetern Fläche bleibt auf jeden Fall erhalten.“

Zusammen mit einem Architekturbüro, dem Bezirk und Schulbau Hamburg wird deshalb diese alternative Planung geprüft. Eine Entscheidung darüber ist keineswegs gefallen, sondern es werden Vor- und Nachteile abgewogen und mit allen Beteiligten besprochen. Es ist geplant noch vor Beginn der Sommerferien die Planungsalternativen vor Ort vorzustellen.

Hintergrund

Die Behörde für Schule und Berufsbildung prüft derzeit, ob und wo Flächen und Immobilien allgemeinbildender Schulen zugunsten von Wohnungsbau aufgegeben werden können. Diese Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen. Nach aktuellem Planungsstand werden im Laufe des Jahres 2013 voraussichtlich folgende Standorte nicht mehr schulisch genutzt und werden aufgegeben: Elbschule (Schultzweg 9, Hammerbrook), Sprachheilschule Wilhelmsburg (Kurdamm 9, Wilhelmsburg), Schule Steinbeker Marktstraße 8-10 (Billstedt) und Schulstandort Walter-Rothenburg-Weg 39, Gebäude A (Neuallermöhe).

Für Rückfragen der Medien:
Behörde für Schule und Berufsbildung
Peter Albrecht, Pressesprecher
Tel. (040) 4 28 63 – 2003
E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsb

17. April 2013/bsb17

„Jugend debattiert“-Landeswettbewerb: Starker Auftritt für junge Redner

Vier Schülerinnen und Schüler qualifizieren sich beim Landesfinale erfolgreich für die Bundesebene

Soll in den Vier- und Marschlanden Erdgas-Fracking erlaubt werden? Für eine Veranstaltung im Plenarsaal des Hamburger Rathauses waren nicht die Themen ungewöhnlich, sondern die Teilnehmenden. „Jugend debattiert“ heißt der größte Rhetorik-Schülerwettbewerb, zu dessen Landesfinale Hamburgs beste jungen Rednerinnen und Redner antraten.

Sachorientierte Debatten, genaues Zuhören, präzise Nachfragen – was Politikern nicht immer gelingt, zeigen die Teilnehmer von „Jugend debattiert“ mit überzeugendem Auftritt. Dabei helfen auch klare Regeln: Pro Debatte vier Schüler, eine Streitfrage, 24 Minuten Dauer. Inhalte und Argumente zum Thema müssen sitzen, denn wer Pro oder Contra debattiert, wird erst kurz vor dem Wettbewerb ausgelost.

Der 17jährige Malte Seibt vom Friedrich-Ebert-Gymnasium überzeugte die Jury durch seine Ausdrucksstärke. Er argumentierte eindrucksvoll für die Erlaubnis von Erdgas-Fracking in den Vier- und Marschlanden, dem Thema für die Jahrgangsstufe 11 bis 13. Die 14jährige Ariatani Wolff vom Matthias-Claudius-Gymnasium konnte bei der Frage „Sollen Politiker auch zu Wahlkampfzwecken in Schulen auftreten dürfen?“ den Landeswettbewerb der Klassen 8 bis 10 für sich entscheiden. Sie trat überzeugend gegen einen Auftritt in Schulen ein.

Rund 8.925 Schülerinnen und Schüler in 43 Schulen haben sich im laufenden Schuljahr in Hamburg im Rahmen einer Unterrichtsreihe an Jugend debattiert beteiligt. Wettbewerbe fanden zuvor bereits auf Schul- und Regionalebene statt. Die beiden Debattensieger und die jeweils Zweitplatzierten Tristan Dück, 17 Jahre, Christianeum Hamburg und Torge Urbanski, 15 Jahre, vom Albrecht Thaeer Gymnasium vertreten Hamburg zunächst bei der Qualifikation zur Bundesebene in Berlin. Dort werden sich am 15. Juni 2013 dann die acht besten Debattanten aus ganz Deutschland im Bundesfinale gegenüber stehen.

„Das Besondere an Jugend debattiert ist, dass man das "Miteinander statt Gegeneinander" lernt“, so der 15jährige Teilnehmer Volker Neff vom Gymnasium Klosterschule Hamburg. Als Preis für ihren heutigen Erfolg erhalten alle vier Sieger ein fünftägiges professionelles Rhetorik-Training, das sie gemeinsam mit den Siegern der anderen Länder auf die Bundesebene des Wettbewerbs vorbereitet.

Ties Rabe, Senator für Schule und Berufsbildung, zeigte sich überzeugt vom Konzept: „Jugend debattiert“ leistet in Hamburg einen wichtigen Beitrag. Schülerinnen und Schüler lernen hier, sich mit aktuellen gesellschaftspolitischen Themen intensiv auseinanderzusetzen. Sie lernen aber auch, selbst das Wort zu ergreifen. Das stärkt das Selbstbewusstsein, das fördert die

Diskussionsbereitschaft und die Kommunikationsfähigkeit. Zugleich wird so unsere Demokratie weiterentwickelt.“

„Politik lebt von guten Debatten. Sie ermöglichen, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger eine Meinung bilden kann. Politische Debatten versteht noch besser, wer selber debattieren kann. Darum ist die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg gerne Kooperationspartner von Jugend debattiert“, so Carola Veit, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft.

Mit Jugend debattiert wollen die beteiligten Stiftungen Schüler ab Klasse 5 ermutigen, an der eigenen Sprache und den passenden Argumenten zu feilen. Die Themen der Debatten führen die Schüler an Politik heran und motivieren sie zum demokratischen Handeln und Denken. Debattieren kann jeder lernen, es ist ein ausgezeichnete Weg zur Persönlichkeitsbildung, wie der Wettbewerb zeigt.

Schulsenator Ties Rabe verabschiedete im Anschluss an die Preisvergabe den langjährigen Landesbeauftragten für „Jugend debattiert“ Karl-Heinz Goetsch (Max-Brauer-Schule), der den Wettbewerb in Hamburg mit aufgebaut und dabei entscheidend geprägt hat. Goetsch` großes Engagement über viele Jahre habe dazu geführt, dass Hamburg einen herausragenden und vorbildlichen Wettbewerb habe, der zur Stärkung unserer Demokratie bei Schülerinnen und Schülern beitrage. Nachfolgerin als Landesbeauftragte ist Frau Voigt vom Gymnasium Allermöhe.

Die Finalisten im Landeswettbewerb Jugend debattiert in Hamburg 2013

Debatte Altersgruppe 1 (Klassen 8 bis 10):

- 1. Platz: Ariatani Wolff, 14 Jahre, Matthias-Claudius-Gymnasium (Wandsbek)**
- 2. Platz: Torge Urbanski, 15 Jahre, Albrecht Thaer Gymnasium (Stellingen)**
3. Platz: Volker Neff, 15 Jahre, Gymnasium Klosterschule (St. Georg)
4. Platz: Celestine Gummlich, 14 Jahre, Gymnasium Eppendorf

Debatte Altersgruppe 2 (Jahrgangsstufen 11 bis 13):

- 1. Platz: Malte Seibt, 17 Jahre, Friedrich-Ebert-Gymnasium (Harburg)**
- 2. Platz: Tristan Dück, 17 Jahre, Christianeum (Othmarschen)**
3. Platz: Fridtjof Vieth, 18 Jahre, Carl-von-Ossietzky-Gymnasium (Poppenbüttel)
4. Platz: Johanna Jäger, 19 Jahre, Gyula Trebitsch Schule Tonndorf

Fotos der Finalisten finden Sie unter

www.jugend-debattiert.de/service/presse/bildmaterial.html

www.jugend-debattiert.de

www.facebook.com/Jugenddebattiert.de

Für Rückfragen der Medien:

Presse-Agentur neues handeln Katharina May, Johanna Beil Tel. (0221) 160 82 22 E-Mail: jugend-debattiert@neueshandeln.de Internet: www.jugend-debattiert.de	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel. (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb
---	--

Daten & Fakten

Bundesweit nahmen über 155.000 Schülerinnen und Schüler und ca. 6.200 Lehrkräfte an 870 Schulen in 128 Regionalverbänden teil, in Hamburg 8.925 Schülerinnen Schüler sowie ca. 360 Lehrkräfte an 43 Schulen in 6 Verbänden.

Kooperationspartner sind der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Schule und Berufsbildung, die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg sowie als Medienpartner der NDR und N-JOY Radio.

Das Projekt

Seit über zehn Jahren fördert Jugend debattiert sprachliche und politische Bildung sowie Meinungs- und Persönlichkeitsbildung. Jugend debattiert ist das größte privat finanzierte Projekt zur sprachlichen und politischen Bildung in Deutschland. Jugend debattiert beginnt für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 5 mit einer Unterrichtsreihe. Zuvor werden ihre Lehrkräfte fächerübergreifend im Debattieren geschult. Mit speziellen Unterrichtsmaterialien ausgestattet, trainieren die Lehrkräfte anschließend die Schülerinnen und Schüler im Unterricht.

Ab Klasse 8 können Schülerinnen und Schüler am bundesweiten Wettbewerb teilnehmen, der in zwei Altersgruppen ausgetragen wird (Klassen 8-10 und Jahrgangsstufen 11-13). Der Wettbewerb findet zunächst auf Schul-, Regional-, und Landesebene statt. Höhepunkt ist das Bundesfinale, bei dem die besten Debattanten aus ganz Deutschland in Berlin aufeinandertreffen.

Ab Regionalebene erhalten Siegerinnen und Sieger als Preise mehrtägige Seminare bei Jugend debattiert-Trainerinnen, die sie auf die jeweils nächste Wettbewerbsebene vorbereiten. Bundessiegerinnen und -sieger werden in das Alumniprogramm von Jugend debattiert aufgenommen.

Das Debattenformat

In einer Debatte bei Jugend debattiert äußern sich jeweils vier Jugendliche zu aktuellen schulischen und gesellschaftlichen Streitfragen wie: „Sollen öffentliche Plätze videoüberwacht werden?“ Im Wettbewerb dauert eine Debatte 24 Minuten. Jeder erhält zunächst zwei Minuten ungestörte Redezeit, in der er die ihm zugewiesene Position – Pro oder Contra – darlegt. Es folgen zwölf Minuten freie Aussprache. Für ein Schlusswort steht jedem Teilnehmer eine Minute zur Verfügung. Eine Jury bewertet die Debattanten öffentlich nach Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und Überzeugungskraft.

Schirmherr, Partner, Förderer

Jugend debattiert wird getragen von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Stiftung Mercator und der Heinz Nixdorf Stiftung auf Initiative und unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Kooperationspartner sind die Kultusministerkonferenz, die Kultusministerien und die Parlamente der Länder.

18. April 2013/bsu18

Budnis Bäume

Erfolgsgeschichte „Mein Baum - Meine Stadt“ wird gemeinsam mit Hamburger Unternehmen fortgeschrieben

Die Erfolgsgeschichte von Hamburgs Baumpflanzaktion „Mein Baum – Meine Stadt“ geht weiter. 2013 werden nun vor allem namhafte Hamburger Unternehmen die Pflanzung von Straßenbäumen mitfinanzieren. Den Start macht Budnikowsky. Das Unternehmen will 20 Bäume im näheren Umfeld seiner Filialen pflanzen. Der erste Baum der Serie kam heute in der Hölderlinsallee in die Erde. Auf der Mittelinsel pflanzten die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau, gemeinsam mit dem Geschäftsführer Budnikowsky, Cord Wöhlke, eine Vogel-Kirsche (*Prunus avium*).

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau: „Erst die Bürger, jetzt die Unternehmen - wir haben mit der Spendenaktion „Mein Baum - Meine Stadt“ einen Nerv getroffen. Insgesamt sind seit Beginn der Kampagne mehr als 3.000 Bäume in allen sieben Bezirken gepflanzt worden – bewusst auch dort, wo Spendengelder nicht so üppig flossen. Mit der Ansprache von Unternehmen möchten wir nach den vielen hundert Spendern von kleinen und kleineren Summen bewusst neue Partner gewinnen, die gleich mehrere Bäume auf einmal finanzieren.“

Geschäftsführer Budnikowsky, Cord Wöhlke: „Bäume bedeuten für mich Leben und Zukunft. Wir haben schon vor zehn Jahren damit begonnen, Bäume in Hamburg zu pflanzen. Zuletzt vor zwei Jahren 1000 Bäume für 1000 Kinder im Duvenstedter Brook. Nachhaltigkeit und Umweltschutz gehören zum Selbstverständnis unseres Unternehmens. Darum haben wir uns auch als Sponsor an den Aktivitäten der ‚Umwelthauptstadt‘ vor zwei Jahren stark beteiligt. Unser jüngstes Projekt ist jetzt ‚Mein Baum - meine Stadt‘. Wir wollen in diesem Jahr insgesamt 20 größere Straßenbäume pflanzen, möglichst in der Nähe unserer Filialen.“

„Mein Baum - Meine Stadt“ funktioniert so: Unter www.meinbaum-meinestadt.de sind sämtliche freien Standorte für Bäume an Hamburgs Straßen aus dem städtischen Baumkataster einsehbar. Dort können sich Bürger oder Unternehmen ihre Wunsch-Standorte aussuchen und für diese

speziellen Bäume spenden. Sobald 500 Euro für einen Standort zusammen gekommen sind, garantiert die Stadt die Pflanzung und legt die noch fehlenden 500 Euro dazu. In diesen Kosten sind dann auch die Untersuchung des Pflanzstandortes auf Kampfmittel, das Einpflanzen selbst und eine dreijährige Pflege enthalten.

Weitere Infos auf einen Blick:

Spendenhöhe	keine Begrenzung, weder nach unten noch nach oben
Spendenkonto	Hamburger Sparkasse, Konto: 1002 120 747, BLZ: 200 505 50
Empfänger	Mein Baum - Meine Stadt
Verwendungszweck	die Baumkennzahl angeben
Spendenbescheinigung	stellt die Loki Schmidt Stiftung aus, bis 100 Euro reicht dafür der Kontoauszug. Telefon: 040-243 443 oder baum@loki-schmidt-stiftung.de

Hintergrund

In jedem Jahr gehen einige der fast 250.000 Straßenbäume in Hamburg wegen Krankheiten und Beschädigungen verloren. Die Bezirke melden diese potentiellen Pflanzstandorte an die Umweltbehörde. Diese Standorte werden dann soweit wie möglich von der Stadt nachgepflanzt und bilden zugleich den Pool der möglichen neuen Spenderbäume. Sie sind im Internet auf einer interaktiven Karte unter www.meinbaum-meinestadt.de abgelegt, wo Interessierte sich einen Baum auswählen können, für den sie spenden möchten. Beim Anklicken des Baumsymbols öffnet sich ein Steckbrief mit den Standortinformationen, der geplanten Baumart, dem Spendenstand und der Baumkennzahl. Wird diese auf dem Überweisungsträger vermerkt, kommt die Spende nur diesem Standort zugute. Wer Bäume spenden will, sollte sich an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, an die sieben Hamburger Bezirke oder an die Loki Schmidt Stiftung wenden.

Rückfragen

Kerstin Graupner

Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Tel. 040/42840-2051; pressestelle@bsu.hamburg.de

17. April 2013/bwvi17

Innovationen made in Hamburg

Sicherheitsventiltechnik mit Zukunft aus Hamburg – Senator Frank Horch informiert sich bei LESER

LESER ist ein erfolgreiches mittelständisches Unternehmen, das sich klar zu seinen Hamburger Wurzeln bekennt. Für Wirtschaftssenator Frank Horch war es eine große Freude, das bei seinem heutigen Besuch von Gesellschafter Martin Leser zu hören. Der Senator nutzt solche Termine, um sich ein Bild der Unternehmen zu machen und auch zu hören, wo es vielleicht auch den einen oder anderen Wunsch an die Wirtschaftsbehörde gibt, was noch verbessert werden kann.

LESER hat seine Wurzeln am heutigen Standort der Wirtschaftsbehörde am Alten Steinweg. Martin Leser sagte in der Vorstellung: „Wenn Sie von Ihrem Büro aus tief genug bohren, Herr Senator, dann finden Sie bestimmt eins von unseren Ventilen.“ Heute befindet sich der Standort der Zentrale an der Wendenstraße in Hamburg. Ein weiterer deutscher Standort ist Hohenwestedt in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus ist LESER international aufgestellt mit Dependancen weltweit. Außerdem wird in Kürze am Standort Hamburg investiert werden. Unter dem Motto „New LESER Hamburg“ wird eine neue Firmenzentrale errichtet. Diese Pläne hat Martin Leser Senator Frank Horch ebenfalls vorgestellt. Als mittelständisches Unternehmen ist LESER sehr erfolgreich und will diese Marktposition halten und ausbauen. Ein wesentlicher Baustein ist es, im Know-how zu wachsen. Auch hier bietet Hamburg ausgezeichnete Rahmenbedingungen mit der Innovationskontaktstelle (IKS). Sie ist aktiv auf LESER zugegangen und hat ihr Unterstützungsangebot vorgestellt. Nach einer grundlegenden Beratung über prinzipielle Möglichkeiten der Zusammenarbeit - von studentischen Arbeiten bis hin zu Auftragsforschung - und Anknüpfungspunkten zu neuen Fertigungstechnologien, erfolgte eine tiefgehende Recherche. Zwei Forschungsprojekte mit Universitäten werden aktuell vorbereitet. Es handelt sich zum einen um ein Forschungsprojekt mit der Technischen Universität Hamburg-Harburg und zum anderen um ein Forschungsprojekt mit der Universität Paderborn.

Senator Frank Horch freut sich bei seinem Besuch über diesen Erfolg: „Der Mittelstand ist eine wichtige Säule eines jeden Wirtschaftsstandortes. Die Innovationsfähigkeit und die Innovationsbereitschaft sind hier sehr ausgeprägt. Das ist auch hier bei LESER so. IKS unterstützt den gesamten Anbahnungsprozess der Kooperationen. Von einer generellen Erstberatung bis hin zur passgenauen Vermittlung von wissenschaftlichen Einrichtungen oder der Moderation der Erstgespräche und der Suche nach Fördermöglichkeiten.“ Mit der festen Zusage, zum Richtfest des Neubaus wiederzukommen, hat sich Senator Frank Horch verabschiedet.

Rückfragen: Susanne Meinecke, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Tel.: 040 42841 2239, E-Mail: susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de

16. April 2013/kb16

Neue Publikation zu Hamburger Welterbe

ICOMOS-Heft „Stadtentwicklung zur Moderne – Die Entstehung großstädtischer Hafen- und Bürohausquartiere“

Hamburg hat einen weiteren Schritt Richtung Welterbe getan: Eine neue Publikation dokumentiert die internationale Tagung zur Hamburger Welterbe-Bewerbung „Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus“.

Historische Speicher- und Bürogebäude in Triest, London, Chicago, Boston, Buenos Aires und anderen nationalen und internationalen Städten veranschaulichen in dem Heft, welche Bedeutung das Hamburger Welterbe „Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus“ im weltweiten Kontext hat. „Stadtentwicklung zur Moderne – Die Entstehung großstädtischer Hafen- und Bürohausquartiere“ erscheint in der Reihe der „ICOMOS-Hefte“ (deutsch / englisch, 240 Seiten, ISBN 978-3-930388-17-2) und vereint Beiträge von 24 Autoren einer internationalen Tagung. Diese hatte das Denkmalschutzamt zusammen mit ICOMOS Deutschland, der HafenCity Universität und der Sutor-Stiftung veranstaltet.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Der Zeitpunkt für die Veröffentlichung ist für die Welterbe-Bewerbung ideal. Mit der Publikation verdeutlichen wir begleitend zu unserer Bewerbung die Bedeutung von Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus im internationalen Kontext.“

Hamburg beabsichtigt, sich 2014 mit dem Ensemble „Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus“ um die Anerkennung als Weltkulturerbe zu bewerben. Das Buch mit den Beiträgen der internationalen Tagung wird in den nächsten Wochen über die UNESCO und über ICOMOS an alle wichtigen nationalen und internationalen Institutionen verteilt. Damit ist es schon bekannt, wenn die Hamburger Antragsunterlagen Mitte August 2013 zu einer ersten Vorprüfung auf den Weg nach Paris zum UNESCO-Welterbe-Zentrum gebracht und am 1. Februar 2014 endgültig dort vorgelegt werden.

Rückfragen der Medien:

Kristina Sassenscheidt, Denkmalschutzamt

Tel.: 040 / 428 24 – 707

E-Mail: kristina.sassenscheidt@kb.hamburg.de

Enno Isermann, Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: enno.isermann@kb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 22. April bis 28. April 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 22.04.2013

- 09:30** Handwerkskammer Hamburg, Holstenwall
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich des **Kongresses „Werkstatt ist mehr als ein Sprungbrett auf den Allgemeinen Arbeitsmarkt“** des Verlages LAG WfbM ein Grußwort.
- 18:00** Melia Hotel, Friedrichstraße 103, Berlin
Staatsrat Michael Sachs nimmt an der **5. Neubautagung des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.** teil und hält einen Vortrag über „Das Hamburger Modell für neue Wohnungen – Beispiel für Berlin?“ mit anschließender Diskussionsrunde teil.
- 19:00** Edmund-Siemers-Allee 1, Ostflügel, Raum 221
Staatsrat Jan Pörksen spricht anlässlich der **Vorstellung des neuen interreligiösen Feiertagskalenders im Internet: „Religiöse Feiertage von Menschen in Hamburg: Erfahrungen teilen“** ein Grußwort.

Dienstag, den 23.04.2013

- 14:00** Hanseatisches Oberlandesgericht, Plenarsaal, Sievekingplatz 2
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich der **Jahressitzung des Ausschusses für Justizstatistik der Landesjustizverwaltungen** ein Grußwort.
- 18:00** Hanseatic Trade Center, Am Sandtorkai 41
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt am **Empfang zur offiziellen Feier des Geburtstages Ihrer Majestät Königin Beatrix und der Einsetzung des Prinzen von Oranien in das Königsamt** teil.
- 19:00** Rickmer Rickmers
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht anlässlich des **Senatsempfangs des Workshop „Aircraft System Technologies (AST) 2013“** ein Grußwort.

Mittwoch, den 24.04.2013

- 10:30** Hammerbrook Höfe, Hammerbrookstraße 44
Staatsrat Andreas Rieckhof nimmt an der **Neueröffnung der „Hammerbrook Höfe“** teil.
- 11:00** Hammerbrookstraße 44
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Einweihung eines neuen Gebäudes der Deutsche Bahn AG** ein Grußwort.
- 12:00** Hotel „Colombi“, Am Colombi Park, 79098 Freiburg
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt vom 24.04. bis 25.04.2013 an der **Frühjahrstagung der Amtschefs** teil.
- 12:00** Scandic Hamburg Emporio, Dammtorwall 19
Senator Frank Horch spricht anlässlich des **„Eurocap Treffen Hansa Funktaxi“** ein

Grußwort.

- 14:00** Lindner Hotel am Michel, Neanderstraße 20
Bürgermeister Olaf Scholz hält aufanlässlich der **Fachkonferenz Energie der Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner Held** eine Rede.
- 15:00** Frankfurt, Messe
Staatsrat Jens Lattmann nimmt an der **207. Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages** teil.
- 18:00** Berlin, Hotel InterContinental, Budapester Str. 2
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt am **Empfang anlässlich des 65. Unabhängigkeitstages des Staates Israel** teil.
- 18:00** Helmut Schmidt Universität, Bibliothek, Holstenhofweg 85
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Eröffnung einer Ausstellung zur französischen Besatzungszeit 1811 – 1814** ein Grußwort.
- 18:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senator Frank Horch nimmt an dem **Senatsempfang anlässlich des Treffens der „Consultive Shipping Group“** teil.

Donnerstag, den 25.04.2013
ganztäglich

- Würzburg
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt vom 25.04.- 26.04.2013 an der Sitzung des **Wissenschaftsrates** teil.
- 09:30** Albertinenhaus, Sellhopsweg 18
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **10. Fachtagung des Hamburger Pflegerats**.
- 10:30** Agentur für Arbeit, Großer Sitzungssaal (6. OG), Kurt-Schumacher-Allee 16
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich des **Neujahrsempfangs der Agentur für Arbeit** ein Grußwort.
- 10:30** Rathaus, Raum III
Senator Frank Horch spricht anlässlich des **Besuchs des Regierungsrates des Kantons Bern** ein Grußwort.
- 11:00** Ehemaliges Hauptzollamt, Alter Wandrahm 20
Senatorin Jutta Blankau hält auf dem **Stadtentwicklungskongress 2013 des GdW** (Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.) eine Rede.

Staatsrat Michael Sachs nimmt teil.
- 11:00** Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Senatsempfanges anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Industrieverbandes Hamburg** ein Grußwort.
- 11:45** Hotel Hafen Hamburg, Seewartenstraße 9
Senator Frank Horch nimmt an der **Jahreshauptversammlun des Vereins Hamburger Spediteure e.V. (VHSp)** teil.
- 12:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt die **Kantonsregierung von Bern** zum

Gespräch.

15:00 Hotel Elysée, Rothenbaumchaussee 10
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich des **Stiftungstages „Helfen tut Not!“ der Steuerberaterkammer und des Steuerberaterverbandes Hamburg** ein Grußwort.

16:00 Rathaus, Phönixsaal
Herr Staatsrat Holger Lange begrüßt eine **Experten-Delegation aus Chicago**.

18:00 Restaurant „Welt der Häfen“, igs-Gelände, Wilhelmsburg
Senatorin Jutta Blankau nimmt am **Empfang des Bundesverbandes Garten-, Landschafts - und Sportplatzbau e. V.** teil.

19:00 Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Jahresessens des Konsularischen Korps** ein Grußwort.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Jana Schiedek, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senator Frank Horch, Senator Dr. Peter Tschentscher, Senator Ties Rabe, Staatsrat Wolfgang Schmidt und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen teil.

Freitag, den 26.04.2013

09:00 Wilhelmsburg, IBA-Dock, Zollhafen 12
Staatsrat Michael Sachs begrüßt die Teilnehmer des **GdW-Stadtentwicklungskongresses 2013** und führt fachlich zur IBA ein.

10:45 Radisson Blue Hotel, Marseiller Strasse 2
Senator Detlef Scheele nimmt an einer **Podiumsdiskussion beim Sozialpolitischen Fachkongress des ASB** teil.

11:00 Ev. Amalie Sieveking Krankenhaus, Haselkamp 33
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Grundsteinlegung für den Neubau eines Funktionstraktes** ein Grußwort.

11:20 Gelände der Internationalen Gartenschau, Hauland 83
Bürgermeister Olaf Scholz eröffnet gemeinsam mit Bundespräsident Joachim Gauck die **Internationale Gartenausstellung**.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Jana Schiedek, Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senatorin Jutta Blankau, Senator Dr. Peter Tschentscher, Senator Michael Neumann, Staatsrat Wolfgang Schmidt, Staatsrat Volker Schiek, Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek, Staatsrat Dr. Nikolas Hill, Staatsrat Dr. Bernd Egert, Staatsrat Andreas Rieckhof und Staatsrat Michael Sachs nehmen teil.

14:00 Neuländer See, Vereinsgelände, Neuländer Straße
Senator Michael Neumann spricht anlässlich der **Einweihung des Wassersportzentrums Neuländer See** ein Grußwort.

14:45 Hotel Louis C. Jakob
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Hamburger Energiekonferenz der Boston Consulting Group** ein Grußwort.

16:00 Landesinstitut, Aula Weidenstieg
Senator Ties Rabe nimmt am **Schülercampus "Mehr Migranten werden Lehrer"** teil.

16:30 Rathaus, Ende Senatstreppe
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Bundespräsidenten Joachim Gauck zum Antrittsbesuch**.

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen teil.

19:00 Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeister Olaf Scholz begrüßt Bundespräsident Joachim Gauck zum Eintrag in das **Goldene Buch** der Stadt.

Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit, Staatsrat Dr. Michael Voges, Staatsrat Wolfgang Schmidt und Staatsrat Jens Lattmann nehmen teil.

19:30 Kampnagel, Jarrestraße 20, 22303 Hamburg
Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Jana Schiedek, Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senator Dr. Peter Tschentscher, Senator Detlef Scheele und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen an der **Verleihung des Henri-Nannen-Preises** teil.

Samstag, den 27.04.2013

09:00 Führungsakademie d. Bundeswehr, Clausewitz-Kaserne, Manteuffelstraße 20
Staatsrätin Elke Badde spricht anlässlich des **25jährigen Jubiläums des Arbeitskreises des Sanitätsdienstes der Reservisten** ein Grußwort.

Sonntag, den 28.04.2013

14:00 Audimax Hamburg, Von Melle Park 4
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich des **Internationalen Kinderfestes** ein Grußwort.

14:00 Carl Osthoff Haus der DLRG, Elbchaussee 351
Senator Michael Neumann spricht bei der **Übergabe eines Katastrophenschutz-Bootes an die DLRG** ein Grußwort.

15:00 CCH, Saal 1
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **Begrüßung der Mitarbeitenden des 34. Evangelischen Kirchentages** ein Grußwort.